

Adrian Hasler im Bürgergespräch: «Zersplitterung gefährdet Stabilität»

Fragerunde Seit dem letzten Bürgergespräch im April hat sich einiges bewegt - in der Parteienlandschaft, dem Gesundheitsmarkt, aber auch in der Medienwelt. Regierungschef Adrian Hasler hatte daher gestern einige Fragen zu beantworten.

VON DANIELA FRITZ

An Diskussionsthemen mangelte es am Bürgergespräch mit Regierungschef Adrian Hasler, das gestern doch noch einige Interessierte in den Ratssaal in Vaduz lockte, bestimmt nicht. Seit dem letzten Termin im April hat sich einiges getan - so gab es etwa in der Parteienlandschaft einige Umbrüche. Im Landtag sitzen nicht mehr vier Parteien, sondern fünf sowie der freie Abgeordnete Johannes Kaiser. «Ich sehe diese Entwicklung mit Sorge», meinte Hasler. Mit der Zersplitterung ginge auch eine grössere Profilierungssucht einher, welche dem Land nichts bringe. Auch die Regierungsarbeit habe sich dadurch erschwert. Der Regierungschef zeigte sich aber überzeugt, dass es - stünden jetzt Landtagswahlen an - DU, DPL und Kaiser aufgrund der Sperrklausel schwer hätten, nochmals in den Landtag zu kommen. «Ich glaube, der Bürger hat mittlerweile festgestellt, was es bedeutet, wenn man sich von den traditionellen Parteien abwendet», meinte er im Hinblick auf den «Knatsch» in der Opposition. Die Grossparteien hätten für Stabilität gesorgt.

Von Moderatorin Petra Matt darauf angesprochen, erkannte auch der Regierungschef eine gewisse Politikverdrossenheit in der Bevölkerung. In den letzten Monaten habe sich der Landtag stark mit sich selbst beschäftigt, wobei teils Entscheide gefällt würden, die der Bürger nicht mehr nachvollziehen könne. Hasler stellte andererseits aber auch fest, dass sich die Menschen durchaus mit der Politik beschäftigten. Nur seien die politischen Themen komplexer geworden und vielfach sei der Aufwand für die Bürger zu gross, sich damit vertieft auseinanderzusetzen.

«Spüre Rückhalt der Bevölkerung»

«Ich spüre aber durchaus, dass die Regierung den Rückhalt der Bevölkerung hat», betonte Hasler - obwohl oder gerade weil in der letzten Legislatur einige gröbere Reformen durchgebracht wurden. Er gab jedoch auch zu bedenken, dass dies damals noch einfacher war. Die jetzige Koalition sei zwar stark genug und man arbeite gut zusammen, wie sich an einigen bereits aufgelegten Projekten zeige. Die VU versuche jedoch zunehmend, sich von der FBP abzugrenzen. Trotzdem unterstrich Hasler: «Ich will das Land vorwärts



Regierungschef Adrian Hasler stand Moderatorin Petra Matt und der Bevölkerung Rede und Antwort. (Fotos: Michael Zanghellini)

bringen - und die Regierung grundsätzlich auch.»

Die Mittel dafür sind prinzipiell vorhanden, wenn man den Staatshaushalt ansieht - 2018 schliesst voraussichtlich mit einem Plus in der Landeskasse von 66 Millionen Franken ab, für 2019 ist ein Überschuss von 55 Millionen budgetiert. «Da darf man auch wieder vom Ausgeben sprechen», meinte Petra Matt. Hasler verwies hierzu auf einige Projekte, etwa die Schulbauten. Hier handle es sich nicht um blossen Investitionen in Beton, damit würden den Schülern auch neue Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Zudem setze man auch auf die Digitalisierung in Schulen: Die Regierung investiert 13 Millionen Franken, um die Primar- und Sekundarschulen mit Tablets und Laptops auszustatten. «Das wird der Bürger alles spüren», versicherte der Regierungschef.

Einfach Staatsbeiträge zu erhöhen, findet er dagegen heikel. Das Betriebsergebnis des Landes sei immer noch negativ und nur aufgrund der guten Wirtschaftslage resultiere am Ende ein Plus. Sobald die Wirtschaft schlecht laufe, würden «Dutzende Millionen Franken» an Steuergeldern wegfallen - dann müsse man wieder sparen. «Lieber setzen wir das Geld dort ein, wo es langfristig einen Nutzen bringt», erklärte Hasler. Die Sparmassnahmen seien ein langer und schmerzlicher Prozess gewesen, den er nicht nochmals

wiederholen möchte. Der Regierungschef betonte zudem, dass der einzelne Bürger von den Sparpaketen relativ wenig zu spüren bekam - hauptsächlich bei den Krankenkassenprämien. **Nicht tangiert habe die Bevölkerung dagegen, dass Geld aus den Gemeinden zum Land ging oder der Staatsbeitrag an die AHV gekürzt wurde. Die AHV sei unabhängig und müsse selbst wissen, wie sie das Geld aus ihren Fonds einsetzt: Dass die Renten nicht erhöht wurden, hänge also nicht mit den Sparbemühungen des Landes zusammen.**

Ein Staat von Neinsagern?

Trotzdem bemerke auch er eine gewisse Tendenz, zu neuen Projekten Nein zu sagen. Dass alles Neue kritisiert wird, findet er schade. Für die Hängebrücke ist es zwar zu spät, die Abstimmung zur «Tour de Ski» findet dagegen erst am 25. November statt. Hier plädierte der Regierungschef klar für den Sportanlass: «Das ist eine einmalige Gelegenheit für Liechtenstein, positive Schlagzeilen zu machen.» Die 800 000 Franken seien zwar viel Geld, es werde aber einmalig und gezielt eingesetzt. Auch die ökologischen Aspekte versuchte Hasler zu entkräften: «Wenn die «Tour de Ski» nicht bei uns stattfindet, dann woanders.» Für weniger positive Schlagzeilen sorgte in den vergangenen Wochen und Monaten die Entwicklungen auf dem Gesundheitsmarkt. Eine Frau

wollte wissen, warum der Medicnova keine Bewilligung erteilt wurde. Der Regierungschef stellte klar, dass die Privatklinik zwar eine Betriebsbewilligung bekommen hatte - im Konzept gingen die Verantwortlichen aber davon aus, dass keine staatlichen Gelder nötig seien. Ein OKP-Vertrag hingegen richte sich nach dem Bedarf, um eine Mengenausweitung und damit höhere Kosten zu verhindern. Ein solcher war nicht gegeben, weshalb die Medicnova keinen OKP-Vertrag erhielt.

Bekennnis zum Spital und Radio

Trotzdem hat die Privatklinik dem Liechtensteinischen Landesspital (LLS) stark zugesetzt, welches deutlich weniger Patienten verzeichnete. Trotz der schwierigen Situation sieht Hasler den Bedarf für ein eigenes Spital jedoch gegeben, auch die Bevölkerung wünsche sich das. «Die Bereitschaft für Investitionen ist da», betonte Hasler. Er gab zudem zu bedenken, dass man sich ohne eigenes Spital in eine Abhängigkeit zum Ausland und dessen Tarife begeben. Dass der Landtag nun über den Verzicht auf ein Darlehen in Höhe von 2,3 Millionen entscheiden soll, sieht Hasler als wichtige Massnahme. Das Eigenkapital des Landesspitals müsse gestärkt werden, damit mehr Spielraum vorhanden sei. Stimmt der Landtag nicht zu, wären Sanierungsmassnahmen nötig - da das LLS jedoch liquide sei, könne der Betrieb aufrechterhalten werden.

Anders beim Sorgenkind Radio, welches dringend einen Kredit von knapp 300 000 Franken braucht, um zahlungsfähig zu bleiben. Hier beruhigte Hasler die Radiomoderatorin Petra Matt: «Für mich ist klar, dass wir ein eigenes Radio brauchen.» Dieses müsse man mit den notwendigen Mitteln ausstatten. Nachdem der Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung die Zahlen zunächst nicht auf sauberer Grundlage erstellt, hofft der Regierungschef nun, dass im November-Landtag anhand der richtigen Basis über die Zukunft des Radios diskutiert werden könne.

Mit Vorfreude kann der Regierungschef jedenfalls ins nächste Jahr blicken. Er zeigte sich stolz darauf, dass Liechtenstein als Kleinstaat bereits seit 300 Jahren besteht. Vom Jubiläum erhofft er sich, dass es die Liechtensteiner wieder näher zusammenbringt und das Zusammengehörigkeitsgefühl wieder stärkt.